Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 25 Pfg., bei lokalen Anzeigen 20 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Wasserstr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 165 — Freitag, den 18. Juli 1919 — 47. Jahrgang

Kaiser Wilhelm an Bethmann Hollweg.

(W) Mehrere Blätter verbreiten nach der Zeitschrift „Deutsche Politik" folgenden Brief Kaiser Wilhelms II. an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

Neues Palais, den 28. 7. 1914, 10 Uhr.

Nach Durchlesung der serbischen Antwort, die ich heute morgen erhielt, bin ich überzeugt, daß im großen und ganzen die Wünsche der Donau-Monarchie erfüllt sind. Die paar Remanets, welche Serbien zu einzelnen Punkten macht, können meines Erachtens durch Verhandlungen wohl geklärt werden, aber die Kapitulation liegt darin, orbi et urbi verkündet. Durch sie entfällt jeder Grund zum Kriege. Dennoch ist dem Stück Papier, wie seinem Inhalt nur beschränkter Wert beizumessen, solange er nicht in die Tat umgesetzt wird. Die Serben sind Orientalen, daher verlogen und falsch, und Meister im Verschleppen. Damit diese schönen Versprechungen Wahrheit und Tatsache werden, muß deuce violence geübt werden, das würde dergestalt zu machen sein, daß Oesterreich das Faustrecht (Belgrad) für die Erzwingung und Durchführung des Versprechens besetzte und behielte, bis tatsächlich die Petita durchgeführt sind. Das ist auch notwendig, um der dreimal umsonst mobilisierten Armee äußerlich Satisfaction d'honneur zu geben, um den Schein des Erfolges dem Auslande gegenüber und das Bewußtsein, wenigstens haben, ihr auf fremdem Boden gestanden zu bei einem Unterbleiben des Feldzuges eine sehr üble Stimmung gegen die Dynastie aufkommen, die höchst bedenklich wäre. Falls Euere Exzellenz diese Auffassung teilen, würde ich vorschlagen, Oesterreich zu sagen, der Rückzug Serbiens sei erzwungen, man gratuliere dazu. Natürlich sei damit ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden, wohl aber eine Garantie nötig, daß die Versprechungen ausgeführt würden. Das würde durch eine vorübergehende militärische Besetzung eines Teiles Serbiens erreicht sein, ähnlich, wie wir im Jahre 1871 in Frankreich Truppen stehen ließen, bis die Milliarden bezahlt waren. Auf dieser Basis bin ich bereit, den Frieden mit Oesterreich zu vermitteln. Dagegen laufende Vorschläge oder Proteste anderer Staaten würde ich unbedingt abweisen, um so mehr, als alle mehr oder weniger offen an mich appellieren, den Frieden erhalten zu helfen. Das werde ich tun auf meine Manier und so schonend für das ehrenreichische Nationalgefühl und die Waffenehre seiner Armee, als möglich, denn an letztere wurde schon seitens des Obersten Kriegsherrn appelliert, und sie ist dabei, dem Appell zu folgen. Also muß sie unbedingt eine sichtbare Satisfaction d'honneur haben. Das ist die Vorbedingung für meine Vermittlung. Darum wollen Euere Exzellenz in dem skizzierten Sinne einen Vorschlag mir unterbreiten, der nach Wien mitgeteilt werden soll. Ich ließ in obigem Sinne an den Chef des Generalstabes durch Plessen schreiben, der ganz meine Ansicht teilte.

gez.: Wilhelm, R.

Nationalversammlung.

(Sitzung vom 17. Juli.)

Bei der fortgesetzten Beratung der Artikel 118 und 119 des Verfassungsentwurfes wird in Bezug auf die Ehe nach dem Antrag der demokratischen Partei beschlossen: Die Ehe steht unter dem Schutz der Verfassung. Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates. — Der Antrag der Unabhängigen, daß die Mutter des unehelichen Kindes den Anspruch hat, auch im amtlichen Verkehr als Frau bezeichnet zu werden, wird mit 138 gegen 133 Stimmen angenommen; ferner der Antrag der Demokraten: Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwickelung zu schaffen wie den ehelichen Kindern. Gleichfalls auf Antrag der Demokraten wird die Abstimmung über die Förderung der Fa-milie in folgender Fassung angenommen: Die Gesetzgebung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge. Ferner wird die vom Ausschuß beantragte Entschließung angenommen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in dem beschlossenen Sinne neu regelt.

Artikel 120 bestimmt: Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige oder körperliche Verwahrlosung zu schützen. Die Länder haben die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Maßregeln im Wege des Zwanges können nur auf Grund des Gesetzes anerkannt werden. — Ein sozialdemokratischer Antrag Frau Kähler und Gen. will einen Zusatz zufügt wissen, wonach die Leitung der Fürsorgeanstalten nur erzieherisch gebildeten Personen übertragen werden darf. — Ein Antrag Frau Agnes und Gen. (U.) verlangt einen Zusatz: Wegen politischer oder religiöser Ueberzeugung und Betätigung der Erziehungsberechtigten oder der Jugendlichen darf eine Fürsorgemaßregel nicht angeordnet werden; weiter verlangt er, daß Staat und Gemeinden, also nicht Länder, die zum Schutz der Jugendlichen erforderlichen Einrichtungen (also nicht Maßnahmen) zu treffen haben.

Artikel 120 wird mit der Abänderung nach dem Antrage Agnes und Gen., daß Staat und Gemeinden, nicht die Länder, die zum Schutz der Jugend erforderlichen Einrichtungen treffen sollen, angenommen, alle weiteren Anträge abgelehnt.

Artikel 121 gibt allen Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung und besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln; nur Versammlungen unter freiem Himmel sollen nach einem zu erwartenden Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht werden. Der Artikel wird in dieser Fassung angenommen.

Artikel 127 regelt die Anstellung der Beamten. Artikel 128 bestimmt, daß die Beamten Diener der Gesamtheit nicht einer Partei seien und daß ihnen die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet wird.

Dazu liegen außer den Anträgen, die die getroffenen Bestimmungen teilweise schärfer fassen, ein Antrag Frau Juchacz (S.) vor: „Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt", und ein Antrag Steinkopf (S.), daß die Beamten Einsicht in ihre Personalnachweise erhalten.

Im Verlaufe der Debatte erklärte Reichskommissar Dr. Preuß: Das Beamtenrecht ist in die Verfassung aufgenommen worden, weil damals abenteuerliche Gerüchte umgingen, daß die Berufsbeamtenschaft beseitigt und alle Beamten auf Kündigung angestellt werden sollten. Alle Einzelbestimmungen führen aber in das Beamtenrecht hinein. Deshalb scheinen mir einzelne Anträge zu den einzelnen Bestimmungen entbehrlich.

Die Artikel 127 und 128 werden angenommen. Außer anderen mehr formalen Aenderungen wird der Antrag Juchacz angenommen desgleichen die Bestimmung, den Beamten Einsicht in ihre Personalnachweise zu gewähren, sowie folgender Zusatzartikel 128 a auf Antrag Burlage (Z.): Versetzt ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt die ihm einem Dritten gegenüber obliegenden Amtspflichten, so trifft die Verantwortung grundsätzlich das Reich, die Länder, die Gemeinde oder an deren Kommunalverbände, in deren Dienst der Beamte steht. Der Rückschluß gegen die Beamten bleibt vorbehalten.

Eine Entschließung des Ausschusses, die Rechte der Reichstagsbeamten gesetzlich zu regeln, wird angenommen. — Um ½2 Uhr wird die Sitzung auf ½4 Uhr vertagt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung verliest der Geschäftsführer Pfeiffer ein Telegramm des Präsidenten der Deputiertenkammer der argentinischen Republik, die der Nationalversammlung einstimmig ihre Freude ausdrückt über die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles, auf den die Welt gewartet habe und mit dem die Nationalversammlung den Forderungen der Gerechtigkeit und der Menschheit Rechnung getragen habe. (Lebhafter Beifall.) — Vizepräsident Haußmann dankt für die Gesinnungen, die in dem Telegramm für unser Land zum Ausdruck gebracht werden. Der Präsident werde das weitere veranlassen.

Hierauf Fortsetzung der Verfassungsberatung. 3. Abschnitt der Grundrechte, Religion und Religionsgesellschaften. Auf Antrag des Abg. Koch (D.) wird die Beratung über den ganzen Abschnitt Artikel 132 bis 138 zusammengefaßt. — Zu Artikel 134 beantragen die Unabhängigen staatsrechtliche und vermögensrechtliche Trennung von Staat und Kirche. Zu dem gleichen Artikel beantragen die Sozialdemokraten, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgesellschaften nicht von Geldleistungen abhängig gemacht werden. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei zu Artikel 135 verlangt auch die Lösung der auf Herkommen beruhenden Staatsleistungen.

In der Abstimmung wird auf Antrag Kahl im Artikel 132 nur die Glaubens- und Gewissensfreiheit festgestellt, die Gedankenfreiheit aber herausgelassen. Der Antrag der Unabhängigen auf vollständige Trennung von Kirche und Staat wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Frage der Religionsgesellschaften wird dahin entschieden, daß diese Körperschaften des öffentlichen Rechts bleiben, soweit sie solche bisher waren und daß gemäß einem demokr. Antrage anderen Religionsgesellschaften gleiche Rechte zu gewähren sind, wenn sie durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Mit geringer Mehrheit wird ein deutsch-nationaler Antrag angenommen, daß bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen bestehen bleiben. Im übrigen werden die einzelnen Bestimmungen dieses Abschnittes unter Ablehnung aller Anträge nach den Ausschußbeschlüssen angenommen.

Nächste Sitzung Freitag.

Preuß. Landesversammlung.

(Sitzung vom 17. Juli.)

In der dritten Beratung angenommen wird die Novelle zum Warenhaussteuergesetz. — Weiter angenommen wird ein Antrag der demokratischen Partei, der die Regierung ersucht, unverzüglich die gesetzliche Regelung der Fürsorge für die Beamten und Lehrer in den bedrohten Grenzgebieten herbeizuführen.

Die zweite und dritte Beratung der Vorlage zur Sicherung und Bewirtschaftung von Fischgewässern wird abgesetzt. Es folgen förmliche Anfragen über den

Landarbeiterstreik

und das Koalitionsrecht der Landarbeiter. Abg. Koch (D.): Ganz offensichtlich besteht der spartakistisch-kommunistische Plan, unser Wirtschaftsleben nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen. Ihre Agenten wühlen in der Landwirtschaft, um durch Herbeiführung großer Nahrungsmittelnot die Grundlagen für neue Unruhen zu schaffen. Ein Streik von 14 Tagen würde die Ernte vernichten. — Abg. Schmidt-Köpenick (S.): Die Rechte hat es soweit gebracht, daß die Gefahr eines Landarbeiterstreiks droht. Jetzt macht sie Stimmung gegen die Landarbeiter, um ihnen das Koalitionsrecht zu rauben. Die ganze Hetze rührt vom Pommerschen Landbund her, aber die Landarbeiter lassen sich nicht mehr knebeln. Die Revolution hat mit den alten skandalösen Zuständen ein für allemal aufgeräumt. — Abg. Mehrhof (U.): Ich habe bisher gefunden, daß gerade die ersten Wucherer und Schieber am lautesten über den Terror der Kommunisten und Spartakisten herziehen. Die Staatsautorität wird am besten durch die Zufriedenheit der Staatsbürger gestützt. — Landwirtschaftsminister Braun: Es versteht sich von selbst, daß die Regierung alles Ihrige getan getan hat, um der Gefahr der Landarbeiterstreiks vorzubeugen. Die Lohnverhältnisse auf dem Lande sind noch am rückständigsten. Das liegt an dem Mangel an Organisation und gewerkschaftlicher Schulung der Landarbeiter, die von den früheren Machthabern systematisch und brutal bedrückt wurden. Dieser Umstand wird von einzelnen Kommunisten agitatorisch ausgenutzt, um sie zum Streik geneigt zu machen. Gegen diese Elemente, die an die Stelle der Demokratie und des wahren Sozialismus den Handgranaten-Sozialismus setzen wollen, wird mit allen Mitteln eingeschritten werden. Wir werden die berechtigten Wünsche der Landarbeiter erfüllen. Ihre wirtschaftliche Lage muß von Grund aus umgestellt werden. Zu verurteilen ist, daß der Streik in Pommern einen aggressiven Charakter angenommen hat. Das hat der Pommersche Landbund durch Zustandekommen von Tarifverträgen verhindern können. Es ist ihm gelungen, für seine illoyalen Machenschaften sogar militärische Stellen einzufangen. Das gemeingefährliche Treiben des Landbundes hat hauptsächlich den Streik herbeigeführt. Einen Regierungskommissar, den Regierungsrat Dr. Grimm, hat man durch Einladungen von der Erfüllung seiner Pflicht abwendig zu machen versucht. Als er solche Versuchungen abwies, hat man ihn verleumdet, er habe zum Streik geschürt. Ein Mitglied dieses Hauses, Herr von der Osten, hat die Unwahrheit weiter kolportiert. (Große Unruhe rechts.) Es ist unerhört, daß ein Mann, der im öffentlichen Leben steht, sich nicht entblödet, solche Unwahrheit gegen einen pflichttreuen Beamten zu verbreiten. (Lärm rechts.) Als der Belagerungszustand verhängt wurde, habe ich sofort versucht, ihn wieder aufzuheben, weil ich davon nur eine weitere Ausdehnung des Streiks befürchtete. Der Oberpräsident und manche Landräte haben das gleiche Verlangen gestellt. Wenn die militärischen Stellen in gleicher Weise weiter in Wirtschaftsfragen eingreifen, dann lehne ich jede Verantwortung für die Folgen ab. Ich hoffe, daß es jetzt gelingen wird, überall landwirtschaftliche Spruchkammern zu schaffen, die ähnliche Konflikte für die Zukunft ausschalten. Wir können es nicht dulden, daß die bolschewistischen Elemente von rechts den Frieden untergraben. (Großer Lärm rechts.) Ich habe mich seit Jahrzehnten der Landarbeiter angenommen, und ich muß ihnen zurufen: Der Streik ist das allerletzte Mittel, und jetzt wäre ein Einzelstreik ein Wahnsinn oder ein Verbrechen.

Ein Antrag Adolf Hoffmann (U.), die gestern beschlossene Beschränkung der Redezeit wieder aufzuheben, wird gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen abgelehnt und dafür ein Vorschlag des Präsidenten angenommen, für diesen Gegenstand die Redezeit auf eine halbe Stunde zu verlängern. Abg. v. d. Osten (L.-N.): Der Angriff des Ministers gegen mich ist eine ganz beweislose Unterstellung. Er schlug einen Ton gegen mich an, wie wir ihn von der Ministerbank noch nicht gehört haben. Meine Zeugen (der Redner verliest die Namen) haben sich bereit erklärt, ihre Aussagen beeidigend den Herrn Dr. Grimm vor Gericht eidlich zu erhärten. (Hört! Hört! rechts.) Ich durfte mich also wohl für berechtigt halten, diese Bekundungen als Tatsachen hinzunehmen. Der Kommissar hat hiernach ja vor kleinen örtlichen Streiks gewarnt, aber den allgemeinen Generalstreik empfohlen. Er sagte, nur durch ihn sei etwas zu erreichen, und wenn es beim ersten Mal nicht glücke, dann sollten es die Landarbeiter ein zweites und drittes Mal versuchen. (Hört! Hört! rechts.) Wir stehen den Organisationsbestrebungen der Landarbeiter durchaus wohlwollend gegenüber. (Lachen links.) Die oberste Regierungsstelle von Pommern hat aber keine Haltung gezeigt, die dem Ernst der Zeit entspricht. Daß der Pommernsche Landbund sich gegen die Tarifverträge gewandt hat, ist verständlich, denn sie enthalten undurchführbare Bestimmungen. (Beifall rechts.) — Abg. Schauer (S.): Schade, daß wir nicht von Anfang an einen Vertrauensmann in der Landwirtschaftskammer hatten, sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß sie sich vollständig in den Dienst des Pommerschen Landbundes stellte. Wenn die Vereinbarungen von den Arbeitgebern ehrlich gehalten werden, dann gibt es keine treuere Stütze der Ordnung, als den preußischen Landarbeiter. Die Spartakistenunruhen kommen von den Gutsbesitzern oder her, die geben das Geld dazu. — Kriegsminister Reinhard: Die militärische Hilfe wurde angerufen vom Regierungspräsidenten in Stralsund oder seinem Stellvertreter. Darauf wurde der Belagerungszustand verhängt. Das Generalkommando hat sofort an das Staatsministerium berichtet. Dieses hat zwei Regierungskommissare nach Pommern entsandt, die die Entscheidung darüber haben, ob und inwieweit die militärischen Maßnahmen aufrecht zu erhalten oder aufzuheben sind. — Abg. Sauermann (Z.): In anderen Provinzen ist es unschwer gelungen, auf Grund von Tarifverträgen zu einer Einigung zu gelangen. — Minister Braun: Herr von der Osten hat meine Feststellungen nicht im geringsten erschüttert. Die von ihm genannten Zeugen sind gar nicht in der Versammlung gewesen, in der Herr Dr. Grimm die ihm zugeschobenen Aeußerungen getan haben soll. Es ist Sorge getragen, daß die Sache vor Gericht vollständige Klarstellung finden wird. — Abg. Westermann (D.): Die Tarifverträge sind in erster Linie dazu berufen, den Frieden auf dem Lande zu erhalten. Dazu ist die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter notwendig.

Um 6 Uhr tritt eine Pause bis 7½ Uhr ein.

Um ½8 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen und die Aussprache über die Anträge zum Landarbeiterstreik fortgesetzt. Abg. Klausner (Unabh.) erklärt, daß es nie zum Streik gekommen wäre, wenn man die berechtigten Forderungen der Landarbeiter erfüllt hätte. — Abg. Rasch (Deutsche Volksp.) bedauert, daß der Landwirtschaftsminister alle Schuld den Arbeitgebern zugeschrieben habe. Vom Landwirtschaftsbund sei zum Streik gehetzt worden. (Lärm bei den Soz.)

Nach Erledigung der Aussprache über die Landarbeiterstreikfrage wird die Aussprache über das Ministerium des Innern fortgesetzt. — Abg. Leid (Unabh.) richtet heftige Angriffe gegen die Mehrheitssozialisten. Jetzt werde nur mit Maschinengewehren und Handgranaten regiert.

Weiterberatung Freitag.

Tagesereignisse.

— **(Der Beirat für das besetzte Gebiet.)** Gestern nachmittag wurden in einer interfraktionellen Sitzung von Abgeordneten aus dem besetzten rheinischen Gebiet die Wahlen zu dem 18köpfigen Beirat vorgenommen, der dem Reichskommissar für das besetzte Gebiet, dem früheren Kölner Regierungspräsidenten von Starck, beigegeben wird. Es wurden 7 Vertreter des Zentrums, 4 Sozialdemokraten, 3 der Deutschen demokratischen Partei, 2 Vertreter der Deutschen Volkspartei und je einer der Deutschnationalen und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei gewählt.

— **(Anerkennung der deutschen Notlage.)** Die holländische Aerztin Aletie Jacob, Mitglied der internationalen Frauenkommission, die die Zustände in Deutschland und die durch die Blockade geschaffene Notlage untersuchen soll, hat vier Tage in Berlin geweilt und ist darauf über Leipzig, Dresden und Breslau nach Wien weiter gereist. Sie berichtet dem „N. R. C.": Wir haben das furchtbare Elend gesehen, das durch die Blockade hervorgerufen worden ist. Die Blockade ist nun zwar aufgehoben, aber die Lage hat bisher noch keine merkliche Besserung erfahren.

— **(Deutsche Schiffsreisen nur mit Entente-Erlaubnis.)** Hollandsch Nieuwsbureau meldet aus London: Durch die Ratifizierung des Friedensabkommens wurde der Handel mit Deutschland den Alliierten und Neutralen künftig wieder gestattet. Der Handel bleibt lediglich den Bestimmungen jedes einzelnen Landes unterworfen, sowie dem Vorbehalt, daß Schiffe mit feindlicher Flagge keine Reisen machen dürfen, zu der sie nicht von der alliierten maritimen Waffenstillstandskommission ermächtigt sind. Die beschränkenden Bestimmungen für die Fischerei wurden gleichfalls rückgängig gemacht.

— **(Die englischen Truppen außerhalb England.)** Die „Times" gibt eine Uebersicht über die noch im Ausland stehenden englischen Truppen. In Frankreich und Flandern stehen 214 000 Mann einschließlich der Arbeitstruppen, im Rheingebiet 206 000, in Aegypten und Palästina 96 000, in Indien 62 000, am Schwarzen Meer und im Kaukasus 44 000, in Mesopotamien 21 000, in Italien 11 000, in Sibirien 1400 Mann. Die Truppen in Nordrußland werden allmählich zurückgezogen. Ueber die Zahl der hier stehenden Truppen sind keine Angaben zu finden. Die englischen Truppen in Sibirien gehören zu den internationalen Truppen, zum Schutze der transsibirischen Eisenbahn gegen die Bolschewisten.

Bayern protestiert gegen die Reichsfinanzpläne.

(W) Der Finanzausschuß des bayerischeen Landtages beschäftigte sich Mittwoch mit dem vom Finanzminister Speck mitgeteilten Finanzplan des Reichsfinanzministers. Finanzminister Speck erklärte, daß der Reichsfinanzminister auch beabsichtige, eine Kapitalertragsteuer in Höhe von 30 % zu erheben. An die Ausführungen des Finanzministers knüpfte sich eine lebhafte Aussprache. Schließlich wurde vom Vorsitzenden des Finanzausschusses folgende Entschließung vorgeschlagen, die den Fraktionen zur Beratung vorgelegt werden wird: Der Finanzausschuß protestiert in aller Entschiedenheit gegen die neuen Reichsfinanz- und gegen die neuen Reichsfinanzverwaltungspläne, wie sie in der Ministerkonferenz vom 13. Juli in Weimar bekanntgegeben wurden. Er sieht in ihnen den Untergang der finanziellen wie der politischen Selbständigkeit, auf welcher ihr Blühen und Gedeihen und das Blühen und Gedeihen Deutschlands begründet ist. Er erwartet einen Einhalt der Mediatisierungspläne gegen die Einzelstaaten, da er hierin eine schwere politische Gefahr für das Reich und seinen Bestand erblickt. — Vom Finanzminister Speck wurde dem Ausschuß noch nahegelegt, ob die Parteien nicht einen bayerischen Gegenvorschlag zur Ausmerzung der jetzigen Härten in dem Finanzplan ihre Unterstützung geben wollten. Dazu müßten aber auch die bayerischen Abgeordneten in Weimar geschlossen hinter der bayerischen Regierung stehen. Der Ausschuß wird sich noch mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Die Loslösung Birkenfelds vom Reich geplant.

Von maßgebender Stelle wird dem Wolffbüro mitgeteilt, daß in Birkenfeld morgen der Landesausschuß, der unter dem Druck der Okkupationsmacht neu gewählt werden mußte, zusammentreten soll. Auf der Tagesordnung steht die Loslösung von Oldenburg. Der Reichsregierung ist bekannt, daß sich hinter diesen Loslösungswünschen wesentlich andere, auf das schärfste zu verurteilende Bestrebungen verbergen, die auf einen Anschluß an das unter der Verwaltung des Völkerbundes stehende Saargebiet hinzielen. Das würde ein wenigstens zeitweises Ausscheiden aus dem Reiche bedeuten und zugleich eine widerrechtliche Verschiebung der Grenzen des Saargebietes, wie sie im Friedensvertrag festgesetzt worden sind. Die Bestrebungen verstoßen gegen die Reichsverfassung und den Friedensvertrag. Die Reichsregierung im Einvernehmen mit der Oldenburgischen Regierung legt darum schärfste Verwahrung gegen sie ein. Sie wird jeden zur Rechenschaft ziehen, der sich aus solchen Gründen immer daran beteiligt oder sie fördert.

Englische Märchen vom deutsch-japanischen Bündnis.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Die erwartete Aeußerung der japanischen Regierung über das von der amerikanischen Presse neuerdings wiederholte Märchen von einem im Jahre 1918 zwischen der japanischen und der deutschen Regierung vereinbarten Bündnisvertrag ist inzwischen erfolgt. Nach einer Reutermeldung dementierte die japanische Delegation in Paris die ganze Erklärung als widersinnig. Nachdem diese deutliche japanische Erklärung mit der viel benutzten Bündnisfabel aufräumte, läßt sich Reuter sofort am folgenden Tage Ersatz dafür durch den Korrespondenten der Londoner „Moningpost" in Gestalt einer angeblich aus Pariser Konferenzkreisen stammenden Erzählung kabeln, wonach Deutschland unter anderen „verführerischen Angeboten" den Japanern im Jahre 1917 „freie Hand in den holländischen Kolonien einschließlich Java und Sumatra" angeboten hätte. Auch diese Geschichte ist ebenso wie die vorerwähnte vom deutsch-japanischen Bündnis in das Reich der Fabel zu verweisen. Man merkt ihr zu deutlich an, daß sie nur dazu bestimmt ist, zwischen Deutschland und Holland Mißtrauen zu säen.

Tarifverträge und Angestellte.

Wir erhalten nachstehende Zuschrift: In völliger Verkennung der auf der persönlichen Tüchtigkeit des Einzelnen aufgebauten Stellung haben die Angestellten in der letzten Zeit den Gedanken des Tarifvertrages vom Handarbeiter auf den Kopfarbeiter übertragen. Zwar ist es notwendig, auch den Angestellten ein Mindesteinkommen zu sichern, daß sie über die Nöte des täglichen Lebens hinwegkommen läßt, mindestens ebenso notwendig ist es aber auch, das Vorwärtsstreben im Einzelnen nicht durch gleichmäßige Bezahlung für Tüchtige und weniger tüchtige Angestellte zu ersticken. Birgt schon der schematisch durchgeführte Tarifvertrag für die tüchtigen Handarbeiter schwerwiegende Nachteile in sich, so treten diese bei den wirklich leistungsfähigen Angestellten in noch stärkerem Maße in Erscheinung. Diese Erkenntnis scheint in den Kreisen der Angestellten zu dämmern, wie aus einer Zuschrift eines Mitgliedes des deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, der bisher sehr scharf für Tarifverträge sich eingesetzt hat, an seine Verbandszeitschrift „Deutsche Handelswacht" entnommen werden kann. Die ohne Meinungsäußerung der Schriftleitung wiedergegebene Einsendung lautet in ihren Hauptteilen: „Nach der Möglichkeit, mit unseren Arbeitgebern Tarife abschließen zu können, haben wir uns seit vielen Jahren gesehnt. Nun sind wir soweit. Aber die Freude ist bei mir und manchen anderen Kollegen doch nur mäßig."

Noch immer hört man das Wort: „Freie Bahn jedem Tüchtigen!" Reden aber nicht die Tarife eine andere Sprache? Klingt es nicht wie: „Freie Bahn jedem Untüchtigen, jedem Bequemen, jedem Leistungsunfähigen!" heraus? Den größten Vorteil von dem Abschluß eines Tarifs hat der unter dem Durchschnitt stehende Gehilfe. Einen gewissen Vorteil hat auch noch der Durchschnittsgehilfe. Der über dem Durchschnitt Stehende muß sich sehr vorsehen, wenn er nicht benachteiligt werden will. Er wird in seinen Bezügen nur allzuleicht auf das Durchschnittsniveau herabgedrückt. Die Gefahr der öden Gleichmacherei wird bedenklich nahe gerückt. Denn daß die Tarifsätze durchweg gleichzeitig Mindest- und Höchstgehälter sein werden, daran ist wohl nicht zu zweifeln.

In den Tarifen werden die Gehälter nach dem Lebensalter abgestuft. Einen anderen Maßstab kann man nicht finden. Paßt aber dieser Maßstab für die Wertung kaufmännischer Arbeit? In vielen Fällen leistet der jüngere weitaus mehr als sein älterer Kollege. Aber der Tarif befiehlt: Der leistungsunfähigere, ältere Gehilfe muß besser bezahlt werden. Punktum.

Wäre es nicht richtiger, man versuchte die Tarife in der Weise aufzubauen, daß Zuschläge zu den früheren Gehältern gezahlt würden?

Das Tarifwesen ist auf die Schichten der Handarbeiter zugeschnitten. Es will nicht so recht auf unseren Beruf passen. Wie werden die Tarife auf das Schicksal des alten Handlungsgehilfen wirken? Ob es ihm dadurch nicht recht erschwert wird, wieder eine Stellung zu finden, wenn er das Unglück hat, die alte zu verlieren? Ich empfehle die Frage dem Studium unserer Verbandsleitung. „Unmodern" ist auch meine Stellung zu der Frage des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer bei Anstellung, Beförderungen und Kündigungen. Ich weiß in Großbetrieben Bescheid und deshalb erwarte ich von einem zu weit gehenden Mitbestimmungsrecht nicht viel Gutes. Ich fürchte, daß es zu Korruption, Parteiung, Intriguen usw. führen, den Tüchtigen behindern und den Betrieb schädigen wird".

Hoffentlich bricht sich die Erkenntnis weiter Bahn, daß nicht öde Gleichmacherei den Aufstieg im Wirtschaftsleben verbürgt, sondern nur Fleiß, Tatkraft und Intelligenz.

Weitere Nachrichten.

— **Der Staatenausschuß** in Weimar stimmte gestern einem Gesetz zu, wonach diejenigen Beamten, die mit der gegenwärtigen Haltung der Regierung nicht einverstanden sind, auf ihren Antrag sofort den Abschied mit Pension erhalten können, wenn sie 20 Jahre im Dienst gestanden haben.

— **Der bisherige deutsche Botschafter in Wien,** Graf Wedel, hat Mittwoch mittag mit seiner Familie Wien verlassen. — Graf Wedel äußerte auf Fragen des Herausgebers der Politischen Korrespondenz, den Platz, der der deutschen Rasse nach Kultur, Kraft, Tüchtigkeit und Unternehmungsgeist gebühre, könne ihr auf die Dauer keine Macht verwehren. Was die Entwickelung der Anschlußfrage betreffe, so werde erst der Friede von St. Germain erkennen lassen, welche Möglichkeiten für die Beziehungen zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich offen stehen würden. Innige Freundschaft aber werde beide Länder verbinden, bis die völlige Einigung, die eine Naturnotwendigkeit sei, erfolgt ist.

— **(Aenderungen der Grenzen Oldenburgs.)** Das oldenburgische Staatsministerium hat den Staatsminister a. D. Scheer, Bevollmächtigten beim Staatenausschuß, ermächtigt, mit anderen Staaten über Aenderungen der Grenzen Oldenburgs zu verhandeln. Wahrscheinlich werden die Fürstentümer Birkenfeld und Lübeck abgetrennt werden. Besonders gespannt ist man auf das Ergebnis von Verhandlungen mit Bremen über dessen Vereinigung mit Oldenburg.

— **(Litauen will noch mehr.)** Nach Meldungen der „Tilsiter Zeitung" weilt in Tilsit eine Entente-Kommission. Sie wurde vom Tilsiter Landrat empfangen. Die Litauer haben gefordert, daß Tilsit auch abgetreten werde, die Ententekommission prüft ihre Angaben. — Memel wird am 21. Juli von englischen und später von italischen Truppen besetzt werden.

— **(Sprengung des Berliner Vollzugsrats.)** Die S. P. D. — Arbeiter-, Soldaten- und Kommunalarbeiterräte — hielt gestern nachmittag im Plenarsitzungssaale des Herrenhauses eine Fraktionssitzung ab, in der einstimmig beschlossen wurde, die Beziehungen zum Vollzugsrat endgültig abzubrechen.

— **(Generalstreikdrohung in München.)** Eine stark besuchte Versammlung der Betriebsräte Münchens beschloß gegen den Willen der anwesenden Regierungsvertreter, daß das Standrecht sofort aufzuheben sei und die verhafteten Betriebsräte freigelassen werden müßten, widrigenfalls in den Generalstreik eingetreten werden soll.

— **(Die Pariser Presse zum Totschlag an dem Sergeanten Mannheim.)** Die Ermordung des französischen Sergeanten Mannheim in der Friedrichstraße in Berlin hat in Paris große Aufregung und Erbitterung hervorgerufen. Der „Matin" schreibt: Die Mitglieder der alliierten Kommission in Berlin müssen unbedingt gegen Gewalttätigkeiten geschützt werden, zu welchen die alldeutsche Presse immer wieder aufreizt. Bis weitere Anordnungen getroffen sind, müssen unsere Soldaten ermächtigt sein, ihre Waffen zu tragen. Das gemeine deutsche Volk, das gemeiner ist als alle andern Völker, wird es dann nicht mehr wagen, sich an unseren Soldaten zu vergreifen. Das „Journal" meint, daß die Entschuldigung des Gesandten v. Haniel ungenügend sei. Das Stillschweigen der französischen Regierung lasse sich nur so erklären, daß man genauere Berichte abwarten wolle, ehe man mit dem notwendigen Nachdruck spreche.

— **Riesenbetrug an der Fettstelle Groß-Berlin.** Unehrliche Schiebungen bei der Fettstelle Berlin führten den Butter-Großhändler Rudolf Pockorny in Berlin unter der Anklage der gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Hehlerei vor die Strafkammer. Mit ihm war die Bureaugehilfin Marta Matschke, die bei der Fettstelle angestellt war, wegen Diebstahls angeklagt. Gegen einen dritten Angeklagten, den ehemaligen Leiter der Fettstelle, Handlungsgehilfen D., ist das Verfahren auf Grund der Amnestie eingestellt worden. Pockorny ist gegen eine Kaution von 100 000 Mark auf freien Fuß gesetzt worden. Er bezog wöchentlich etwa 20 Zentner Butter von der Fettstelle. Wie seine Verteidiger behaupteten habe er außer an Kleinhändler auch an den Prinzen August Wilhelm den früheren Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und Herrn v. Batocky Butter geliefert. Pockorny hat es verstanden, sich eine ganze Zeit hindurch mehr Butter zuweisen zu lassen, als ihm zustand. Er erreichte dies dadurch, daß er zunächst den D., und als dieser nicht mehr mitmachen wollte die M., durch Geschenke bestimmte, von den abgelieferten Fettkarten, die bereits die Kontrolle passiert hatten, größere Mengen zu entwenden und ihm zu geben. Diese unrechtmäßig auf Tausende von Buttermarken erlangte Butter setzte er im Schleichhandel ab. Der Gerichtshof verurteilte Pockorny zu 1 Jahr Zuchthaus unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, die Matschke zu 3 Mon. 2 Wochen Gefängnis.

— **Ein Millionen-Zeitungsunternehmen.** Unter der Firma „Vera, Verlagsanstalt, G. m. b. H.", mit dem Sitz in Berlin, ist ein Unternehmen zur Beratung und Mitarbeit auf allen Gebieten des Zeitungsverlagswesens gegründet worden. Das Gesellschaftskapital ist auf 4 Millionen bemessen.

— **Von Rom nach Tokio im Flugzeug.** Gabriele d'Annunzio, dem die Nationalisten in Rom eine große Ovation darbrachten, kündigt für September einen Flug von Rom nach Tokio an.

Kleine Nachrichten.

Die Gemäldesammlung des ehemaligen Großherzogs von Oldenburg wird, da der Staat die Uebernahme für 5 Millionen Mark abgelehnt hat, jetzt zum Verkauf gestellt. Es sind bereits Kaufliebhaber aufgetreten. Die Sammlung geht wahrscheinlich in die Hände amerikanischer Finanzleute.

Die Polizisten in Mailand, Rom, Genua, Neapel und Turin beabsichtigen, im Anschluß an den Generalstreik vom 21. Juli in den Streik zu treten, wenn bis dahin ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet drahtlos aus Washington, daß die vollständige Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und Amerika nicht vor Mitte Winter zu erwarten sei.

Wie aus Hamburg berichtet wird, trafen gestern dort der Reichspräsident und der Reichswehrminister zu amtlichen Besprechungen ein. Am Nachmittag waren sie Gäste des Senats.

Zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt wurde nach der Zentrums-Parlamentskorrespondenz anstelle Moellendorffs der frühere Vortragende Rat im Reichsamt des Inneren Wretfeld der in den letzten Monaten eine führende Stelle bei der Firma Krupp bekleidete, in Aussicht genommen.

Westfalen u. Rheinland.

Kamen, 18. Juli. **(Verschiedenes.)** Die **Frage der Volkshochschule** versammelte am Dienstag Abgeordnete fast sämtlicher Kreissynoden von ganz Westfalen zu einem gut besuchten Volkshochschullehrgang in Witten, den die Abteilung für Volksbildungswesen des Westfälisch-Lippischen Preßverbandes veranstaltet. Direktor Josten gab einen Ueberblick über die zwei grundverschiedenen Volkshochschularten, die englische Universitäts-Ausdehnungsbewegung mit dem Ziel der Vervolkstümlichung der Wissenschaft und die dänische Bauernhochschule mit dem Ziel vertiefter Persönlichkeitsbildung. Erstere wird jetzt von Haenisch den Gemeinden als Aufgabe zugewiesen, für die letztere setzen sich u. a. die Evangelischen Preßverbände ein. Prof. Sellmann-Hagen beleuchtete sodann die Aufgaben der Kirche und Pfarrer an der Volkshochschulung und Direktor Thomä-Witten den Anteil der Tagespresse an der Volksbildung. Die Versammlung beschloß die tatkräftige Förderung der Volksbildungsbestrebungen in ganz Westfalen, vor allem nach dem dänischen Muster, im Anschluß an die Mittelstelle des Preßverbandes.

(Goldene Hochzeit.) Das seltene und schöne Fest der goldenen Hochzeit begehen am heutigen Tage der Rentner Fr Ruckebier und Frau, Dorothea geb. Bennemann, Bahnhofstraße 51. Dem Jubelpaare bringt man allerseits zu diesem Tage die besten Wünsche für eine frohe Zukunft entgegen. Möge diese den beiden Eheleuten in reichem Maße beschieden sein. Wie wir hören, wird aus diesem Anlaß die evangel. Kirchengemeinde durch Herrn Pastor Evads eine Prachtbibel überreichen lassen.

In der gestrigen Sitzung der Preisprüfungskommission, auf deren Verlauf wir noch zurückkommen, wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die heute im Lokale des Herrn Bergheim tagende Versammlung, vertreten durch die Geschäftsinhaber aller Stände der Stadt Kamen, erkennt die durch die übermäßige Verteuerung aller Lebensbedürfnisse geschaffene Notlage an. Sie verpflichtet sich, im Einvernehmen mit der Preisprüfungskommission nach besten Kräften dahin zu wirken, namentlich die Preise für die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung nach Möglichkeit herabzusetzen und zur Förderung des Volkswohles und zur Zufriedenstellung der arbeitenden Bevölkerung nach möglichstem Ermessen beizutragen."

Der Kreisverband evangelischer Arbeitervereine Hamm-Unna hielt am letzten Sonntag im Gemeindehause in Unna eine Vorstandssitzung ab, die gut besucht war. Vertreten waren die Vereine Unna, Hamm-Stadt, -Süden und -Westen, Kamen, Fröndenberg, Lünern, Bönen, Methler, Bergkamen, Asseln, Berge, Dellwig, Massen, Heeren, Werne und Husen. Der Vorsitzende, Pfarrer Cremer-Unna, eröffnete die Versammlung mit Gesang und Gebet, begrüßte die Anwesenden, besonders den neuen Sekretär Schimmmel und führte dann in einer Ansprache etwa folgendes aus: Wir haben jetzt Frieden. Aber es ist ein Schmach-, Schand- und Mordfrieden. Wir sind, wie die Feinde sagen, nicht nur wehrlos, sondern auch ehrlos. Wie ist es gekommen? Die Schuld am Kriege liegt restlos bei unseren Feinden, aber daß wir so jämmerlich zusammengebrochen sind, daran liegt die Schuld bei uns selbst, daran hat die Revolution die Hauptschuld. Eine Rettung ist für uns nur möglich, wenn wir zurückkehren zu unserem Herrn und Gott. Hierauf hielt Herr Sekretär Schimmel einen Vortrag über unsere Aufgaben: Pflege der religiösen und evangelischen Werte, wie sie uns die heilige Schrift bietet, Stärkung des nationalen Gefühls und Ausgleich sozialer und wirtschaftlicher Gegensätze. Um die Aufgaben zu erfüllen, ist Einigkeit erforderlich. — Sodann wurden die Sprechstunden des Sekretärs festgesetzt. Auskunft wird in allen vorkommenden Fragen erteilt. Gebühren werden dafür nicht erhoben. Zum Schluß wurde als Ort der nächsten Sitzung Hamm-Westen bestimmt.

(Windthorstbund.) Die Zentrumspartei lade die jungen und älteren Mitglieder zu der am Sonntag, den 20. cr., abends 7 Uhr, im Görtzschen Saale stattfindenden Hauptversammlung des Windthorstbundes ein. In der nächsten Versammlung soll mit der politischen Schulung der Jugend begonnen werden. Auch die Damen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

(Volkszählung am 8. Oktober.) Der Wirtschaftsausschuß der Nationalversammlung stimmte dem Entwurf einer Verordnung über die Vornahme einer Volkszählung am 8. Oktober 1919 zu. Der Ausschuß ersuchte die Regierung, auch die Altersgliederung bei der Zählung zu berücksichtigen.

(Beschlagnahme der kommunistischen Zeitungen im Industriebezirk.) Das Generalkommando Münster gibt bekannt, daß die Beschlagnahme von Zeitungen spartakistischer, kommunistischer und bolschewistischer Richtung in allen Bezirken zu erfolgen hat, über die der Belagerungszustand verhängt worden ist.

(Trichinöse Amerikaschinken.) Das Schauamt des Schlachthofes in Hagen hat, wie das „Westf. Tgbl." meldet, in einem eingeführten Schinken Trichinen in großer Zahl gefunden. Wir mahnen die Hausfrauen nochmals, das Fleisch nur gargekocht oder tüchtig durchgebraten auf den Tisch zu bringen.

(Eine zeitgemäße Warnung.) Die Einmachezeit ist gekommen. Durch die während des Krieges erfolgte Beschlagnahme der Kupfer- und Messingkessel sind vielfach verzinkte Eisenkessel in Benutzung gekommen. Diese sind aber zum Einkochen von Gemüse und Obst durchaus ungeeignet, denn Zink ist für Mensch und Tier eine giftige Substanz. Zink löst sich schon in der schwächsten Säure, im Kochsalzwasser, auf, teilt sich den Nahrungs- und Genußmitteln mit und erregt schwere Vergiftungszustände. Unsere Hausfrauen seien also hiermit vor dem Einkochen von Gemüse und Obst in verzinkten Eisenkesseln gewarnt. Auch bei Verwendung von Kupfer- und Messingkesseln ist größte Vorsicht zu üben, denn sie können eine Kupfervergiftung verursachen. Kupfergeschirre müssen gut verzinkt sein. Allein auch bei solchen ist größte Vorsicht geboten, denn ein gut verzinkter Kupferkessel, der täglich gebraucht und nicht zu häufig ausgescheuert wird, kann nur 2 Monate lang vor Kupfervergiftung schützen. Zu beachten ist auch, daß niemals essigsaure oder auch zuckerhaltige, also gärungsfähige Speisen nach dem Kochen eine Zeitlang in Kupfergeschirren stehen bleiben und in ihm erkalten dürfen, denn es bildet sich sehr leicht der giftige Grünspan.

(Kriegsbeschädigten-Marken.) Der Verkauf der Marken zu 10 und 15 Pfennig mit dem Aufdruck „5 Pfg. für Kriegsbeschädigte" an den Postschaltern muß, wie amtlich mitgeteilt wird, Ende Juni geschlossen werden. Bei vielen Postanstalten sind von den Marken, nachdem auf Drängen der Markensammler mehrere Nachlieferungen erfolgt sind, noch reichliche Bestände vorhanden, die sowohl in einzelnen Stücken als, soweit der Vorrat reicht, auch in größeren Mengen abgegeben werden. Durch die Nachdrucke der Marken ist den Händlern, die bogenweise die Marken „hamsterten", ein böser Strich durch die Rechnung gemacht worden. Die erste Auflage der Marken wurde sofort von Händlern aufgekauft und für das Dreifache ihres Wertes verkauft.

Niederaden, 18. Juli. **In der letzten Gemeinderatssitzung** wurde die Abtretung eines Wegeteils in Größe von 2 Ar 67 Quadratmetern für insgesamt 180 Mark an Fr. Rackwitz gutgeheißen. — Ein Gemeindeglied wurde als krank vom Militärdienst entlassen. Es trat vollständige Erwerbslosigkeit ein. Die Verwaltung hält die Militärverwaltung für die Zahlung der Rente zuständig, bewilligt aber vom 1. Juli ab eine monatliche Unterstützung von 250 Mark in der Hoffnung, daß die Militärverwaltung das Geld zurückerstattet. — Ein Antrag von Kamen, die Gemeinde dem dortigen Mietseinigungsamt anzugliedern, wurde vertagt. — Zur Kenntnis der Gemeindevertretung wurde gebracht, daß die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft das Heilverfahren für Unfallverletzte in weitgehendstem Maße übernehmen und auf die gesetzlichen Ansprüche gegen die Gemeinde verzichten will, wenn der Vorsteher den Unfall innerhalb drei Tagen anmeldet. Nebenher ist die polizeiliche Anmeldung auch fernerhin erforderlich. — Durch eine besondere Liste sollen die Hühnerhalter nochmals zur Ablieferung von Eiern für die Kranken der Gemeinde veranlaßt werden.

Heeren-Werve, 18. Juli. **(Festgenommen.)** In Hamm wurde der Arbeiter Wilhelm Sch. von hier festgenommen, weil er unter dem dringenden Verdachte steht sich an den dort vorgekommenen Plünderungen beteiligt zu haben. Bei der Visitation wurden neue Gegenstände bei ihm zutage gefördert, jedoch gibt er an, diese Sachen auf der Straße gefunden zu haben.

Unna, 18. Juli. **Zur Stadtverordnetensitzung** am Mittwoch lag ein 31 Vorlagen umfassendes Verhandlungsprogramm vor. Es wurde u. a. folgendes beraten bezw. beschlossen: Der Vorlage betr. Ausschreibung der Bürgermeisterstelle wird zugestimmt. — Einem Antrag auf kürzere Tagesordnungen zu den Sitzungen wurde ebenfalls zugestimmt. — Zur Beratung einer neuen Geschäftsordnung für die Stadtverordneten-Sitzungen wird eine Kommission aus 6 Mitgliedern gewählt. — Genehmigt wird eine Vorlage, nach der der künftige Bürgermeister die Amtsbezeichnung „Erster" Bürgermeister erhalten soll. — Einem Antrag auf Bewilligung der evtl. Mehrkosten bis zu 2/3 beim Bau von 12 Kleinwohnungshäusern wird zugestimmt. — Zur Behebung der Wohnungsnot werden 20 000 Mark bewilligt und die Anstellung zweier Hilfskräfte (gegen je 400 Mark monatlich) beschlossen. Die Zahl der Wohnungsuchenden beträgt jetzt 250. Die Zahl der Leute ohne Wohnung kann, wie auf Anfrage mitgeteilt wurde, auf 40 bis 60 angenommen werden. Bis zum 1. Oktober seien unbedingt 50 Wohnungen zu erlangen. Es soll eine eingehende Revision der Wohnungen vorgenommen werden. — Eingebracht wurde ein Vorschlag, für eine Verminderung der Strafen der bei den Unruhen Beteiligten einzukommen.

Unna, 18 Juli. **(25 Plünderer ermittelt.)** Den unermüdlichen Bemühungen der Kriminalpolizei ist es gelungen, außer einer Anzahl auswärtiger Täter auch 25 Täter aus Unna zu ermitteln, die sich an den Plünderungen am 2. d. Mts. beteiligt haben. Die abgeschlossenen Verhandlungen sind dem zu diesem Zwecke berufenen außerordentlichen Kriegsgericht in Dortmund vorgelegt. Die Ermittelungen nach weiteren Mittätern sind auch fernerhin in vollem Gange.

Schwerte, 18. Juli. **(Landwirtschaftlicher Verein.)** Hier fand eine sehr gut besuchte Generalversammlung des landwirtschaftlichen Vereins für die Stadt Schwerte und das Amt Westhofen statt. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig beschlossen, im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung für Gemüse und Frühobst auf die staatlichen Richtpreise einen Nachlaß von 30 Prozent zu gewähren, auch die Märkte im umfangreichsten Maße zu beschicken und die Händler zu beliefern. Hinsichtlich der Milch wurde freiwillig auf die behördlich angeordnete Erhöhung des Preises im Interesse der Volkswohlfahrt verzichtet. Eine erhebliche Anzahl der Mitglieder hat sich bereits vor reichlich Monatsfrist zu regelmäßiger Abgabe von Eiern für Kranke zu einem sehr billigen Preise freiwillig verpflichtet. — Es wäre zu wünschen, daß die hier gefaßten erfreulichen Beschlüsse allerorts Nachahmung finden.

(s) **Selm**, 17. Juli. **(Drei Kinder verhüttet.)** Hier fanden zwei 8jährige Jungens einen kläglichen Tod in einem Sandloch des Bauern Große-Holz. Die Kinder hatten sich dort einen Unterstand gemacht, welcher plötzlich zusammenbrach. Kurz darauf kam der 19jährige Stukkateur Erich Schwarz an der Unglücksstelle vorbei, hörte ein leises Wimmern. Als er nachsah, erblickte er den Kopf des kleinen Albert Kohl. Schwarz ging sofort an die Rettung. Es gelang ihm, den kleinen Kopf lebend herauszuholen, während zwei andere schon tot waren.

TU **Bielefeld**, 17. Juli. **(Der Landarbeiterstreik beigelegt.)** Der Streik der 3000 Landarbeiter des Kreises Bielefeld ist gestern durch Vermittlung des Reichskommissars Severing beendet worden. Beide Parteien haben Entgegenkommen gezeigt.

Hundsangen, 12. Juli. **(Den Bürgermeister erschlagen.)** Hier wurde der Bürgermeister Tripp von betrunkenen amerikanischen Soldaten angefallen; einer von diesen versetzte dem Bürgermeister mit einem Browning einen Schlag auf den Kopf, der nach kurzer Zeit dessen Tod zur Folge hatte.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse veröffentlichen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.

(Eingesandt.)

Kamen, 18. Juli. Auf das Eingesandt in Nr. 161 vom 14. Juni 1919 habe ich folgendes zu erwidern: Ich muß zum großen Bedauern konstatieren, daß die Mehrzahl der Bürger und hauptsächlich die Arbeiter sehr darüber empört sind, daß unser gewesener Vorsitzender vom A.-R. Bernard Strelinski in seinem Artikel schreibt, daß laut der A.-R. die ganze Arbeiterschaft hinter sich habe, daß die Stadt Kamen wenigstens eine besoldete Kraft vom A.-R. wieder einstelle, damit Unruhen und Plünderungen, wie es vor kurzem der Fall war, vermieden werden. — Demgegenüber muß ich erwidern, daß Bernhard Strelinski ruhig nach der Zeche Monopol gehen soll und dem Beispiel seiner Kameraden folgen, denn Str. hat lange genug die Früchte der Revolution gekostet und denkt vielleicht oft mit Sehnsucht an die schöne Zeit zurück, die er genossen. Wenn dieser Posten nicht so erträglich gewesen wäre, warum hing Str. denn mit allen Fasern daran? In der Versammlung beteuerte Str. des öfteren wohl, daß er an dem Posten nicht klebe und viel Arbeit hätte. Trotzdem er manche Verleumdung über sich ergehen lassen mußte, blieb Str. doch an dem Posten kleben und will nun zum allgemeinen Staunen der ganzen Arbeiterschaft wieder als besoldetes A.-R.-Mitglied fungieren, was doch im Interesse der Allgemeinheit wirklich nicht nötig wäre, daß wir unsere Steuern auf solche Art vergeuden und weiter braucht das bedrängte Vaterland tüchtige und fleißige Kräfte, damit wir wieder genügend Kohle an die Sonne bringen, zum Eintausch des versprochenen amerikanischen Specks. Sollte Str. doch noch im Glauben sein, daß die Arbeiter hinter ihm stehen, er wäre schwer enttäuscht, wenn nach erfolgter Abstimmung die Arbeiter gegen den A.-R. wären. Plünderungen lassen sich nicht durch eine Person vermeiden; dies zu verhüten, haben wir Polizei und Regierungstreue.

Anton Müller, A.-R., Westick.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Die Nährmittelscheine für Kriegsbeschädigte können am Sonnabend, den 19. Juli d. Js., vormittags, auf dem Lebensmittelamt Markt 4, Zimmer 1, in Empfang genommen werden.

Vereinsnachrichten.

Kaiserau, 18. Juli. **(Preisgekrönt.)** Der Dilettanten-Verein „Frohsinn"-Kaiserau errang am Samstag, den 5., und Sonntag, den 7. Juli auf dem Bühnen-Wettstreit in Brackel unter starker Konkurrenz den 3. Preis in der Duettklasse, den 2. Preis im Sologesang, den 4. Preis im Theater und den 2. Herrenpreis; ferner errang der Verein am Sonntag, den 13. Juli auf dem Bühnen-Wettstreit in Altenderne den 2. Preis in der Duettklasse, den 2. Preis im Theater und den 1. Herrenpreis.

Kriegsgefangenenhilfe Volksbund (Kriegsschreibstube) Kamen.

Krieger- u. Landwehrverein Kamen	50	Mk.
Frau Knösel, Bergkamen	2	„
N. N., Ostenmauer	5	„
	57	Mk.

Den Spendern herzlichen Dank. Weitere Gaben werden in der Kriegsschreibstube gern entgegengenommen.

Dr. Eberlien.

Auch im Bade

im Kurort, auf Reisen usw. brauchen Sie sich nicht von Ihrer Zeitung zu trennen, wenn Sie rechtzeitig in der **Geschäftsstelle der Kamener Zeitung** oder durch Postkarte das Reiseabonnement auf die Kamener Zeitung bestellen, das Ihnen wöchentlich nur 75 Pfg. kostet.

Zu verkaufen!
1 fast neuer. Dogcart (viers.)
1 Dogcartgeschirr (mit Nickelbeschlag),
1 neues Blattgeschirr
1 Milchschaf (1 mal melk)
1 Gummischlauch (15 m lang)
Besichtigung nachm. von 2 Uhr an. 2798
Hellenkämper, Lerche 32.

Geld
in jeder Höhe gegen monatliche Ratenzahlung erhalten Leute jeden Standes durch **E. Wand, Hamm** (Westf.) Oststraße 49. 2353

Eine 3 Liter Milch gebende 2899
Ziege u. Lamm u. ein Schwein
70—80 Pfd. schwer, billig zu verkaufen bei
Aug. Sick, Villa Stäps bei Kamen.

Eine Bettstelle
mit Matratze und ein eiserner **Ofen** zu verkaufen. **Overberge,**
2834 Wernestr. 177.

Eine wachsame Dobermann-Hündin, eine milchgebende Ziege und mehrere Kaninchen zu verkaufen.
Aug. Schlaak, Derne b. Kamen, Haus Böing (Mühle).

Tinten
zu haben in der
Buchhandlung der „Kamener Zeitung."

Windthorst-Bund Kamen.
Sonntag, den 20. Juli cr. abends 7 Uhr, findet im Görtz'schen Lokale die
1. Haupt-Versammlung
statt. **Tagesordnung:**
1. Vorstandswahl.
2. Statuten.
3. Verschiedenes. 2825

Es ladet ergebenst ein
Der prov. Vorstand.

TABAK
geschn. Stengel garant. rein per Pfd. 8.— Mk. Für Wiederverkäufer billiger.
Frau L. Rockmann, Kämerstraße 25. 2223

Sauberes, ehrliches Mädchen
von 15—16 Jahren **aus guter Familie für kleinen Geschäftshaushalt sofort gesucht.**
Näheres in der Geschäftsst. d. Ztg. 2827

Stopfen u. Flicken
wird angenommen
in u. außer dem Hause.
Breiten 109.

Für meinen frauenlosen Haushalt (2 Pers.) suche ich zum 1. Aug. oder später
durchaus ehrliche Haushälterin
Gute Zeugnisse erforderlich. 2833
Theodor Winter,
Kamen, Unnaerstr. 119.

Suche für sofort ein fleißiges, sauberes
Mädchen
für den Haushalt gegen guten Lohn. 2832
Papierhandlung Vogt,
Inh.: **W. Bischof,**
Hamm i. W.,
Gr. Weststraße 37.

Bei der hiesigen Stadtverwaltung ist die neugegründete Stelle einer

Stadtpflegerin

zu besetzen. Die Inhaberin der Stelle soll hauptsächlich im Außendienst und in dem persönlichen Verkehr mit der Bevölkerung in Angelegenheiten der Armen- und Wohlfahrtspflege, der Lungen- und Hinterbliebenen-Fürsorge tätig sein, sowie bei der Erledigung der Geschäfte des Gemeindewaisenrats mitwirken.

Nur Frauen, welche auf diesen Gebieten bereits längere Zeit tätig waren und eine entsprechende Vorbildung besitzen, wollen Bewerbungsgesuch mit Lebens.auf, Bild und Zeugnisabschriften unter Angabe der Gehaltsansprüche einreichen.

Kamen i. Westf., den 14. Juli 1919. 2829

Der Magistrat:
Dr. Wiesner, Bürgermeister.

Bekanntmachung

Betrifft: Beschlagnahme von Brotgetreide und Gerste.

§ 1.

Nach der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 (R.-G.-Bl. S. 535) werden Roggen, Weizen und Gerste, die im Reiche angebaut sind, allein oder mit anderen Vorräten getrennt, mit der Trennung vom Boden für den Kreis, in dem sie angebaut sind, beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erstreckt sich auch auf den Halm und die aus den beschlagnahmten Früchten hergestellten Erzeugnisse, wie Mehl, Schrot, Grieß, Graupen, Grütze, Flocken, Malz. Mit dem Ausdreschen wird das Stroh, mit dem Gerben die Spelzspreu, mit dem Ausmahlen die Kleie von der Beschlagnahme nach dieser Verordnung frei.

§ 2.

An den beschlagnahmten Früchten dürfen räumliche Veränderungen mit Ausnahme des Transportes innerhalb desselben landwirtschaftlichen Betriebes nur mit meiner Genehmigung vorgenommen werden. Sollen Vorräte in eine andere Gemeinde gebracht werden, so hat sowohl der Versender wie der Empfänger diese Veränderung unter Angabe von Art und Menge des transportierten Getreides binnen 3 Tagen nach Absendung bezw. Empfang dieses dem zuständigen Amtmann (Bürgermeister) anzuzeigen.

§ 3.

Die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe sind berechtigt und verpflichtet, die zur Erhte, Erhaltung und Pflege der Vorräte erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

Als Unternehmer sind auch die mit der Verwaltung der Vorräte beauftragten Personen anzusehen.

§ 4.

Nimmt der Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebes oder der Besitzer von Vorräten eine ihm nach § 3 obliegende Handlung nicht rechtzeitig vor, so bin ich verpflichtet, die erforderlichen Arbeiten auf seine Kosten durch einen Dritten vornehmen zu lassen. Der Verpflichtete hat die Vornahme auf seinem Grunde und Boden sowie in seinen Wirtschaftsräumten und mit seinen Betriebsmitteln zu gestatten.

§ 5.

Trotz der Beschlagnahme dürfen die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe aus selbstgebautem Brotgetreide und selbstgebauter Gerste verbrauchen:

a) die zur Ernährung der Selbstversorger und des im Betriebe gehaltenen Viehs erforderlichen Mengen (die Höhe wird später festgesetzt),

b) das zur Bestellung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke erforderliche Saatgut, und zwar auf das Hektar:

an Winterroggen	bis zu	150	Kg.
„ Sommergerste	„ „	160	„
„ Winterweizen	„ „	190	„
„ Sommerweizen	„ „	185	„
„ Gerste	„ „	160	„

„ Mischfrucht dieselben Sätze nach dem Mischungsverhältnis der Früchte.

Als Selbstversorger sind anzusehen:

der Unternehmer oder Leiter des landwirtschaftlichen Betriebes,

die Angehörigen seiner Wirtschaft,

Naturalberechtigte, soweit sie als Lohn oder Leibgedinge (Altenteil, Auszug, Ausgedinge, Leibzucht) Brotgetreide, Gerste oder daraus hergestellte Erzeugnisse zu beanspruchen haben,

alle im landwirtschaftlichen Betriebe ganz oder überwiegend beschäftigte Personen während der Dauer der Beschäftigung, und Angehörige der letzteren, soweit sie mit diesen im gleichen Haushalt leben und nicht in anderen Betrieben beschäftigt sind.

§ 6.

An Stelle der Zwangsbewirtschaftung und der Beschlagnahme von Hafer und Hülsenfrüchten ist für das Erntejahr 1919 die sogenannte Landlieferung bezüglich dieser Früchte getreten.

Der Verbrauch dieser Fruchtarten in der eigenen Wirtschaft ist dem Erzeuger zwar freigegeben; dem Kommunalverband wird aber von der Reichsgetreidestelle eine bestimmte, noch festzusetzende Menge von Hafer und Hülsenfrüchten zur Lieferung auferlegt. Diese legt er deshalb auf die einzelnen Erzeuger um. Erzeuger, welche infolge Abgabe dieser Früchte an Dritte zur Lieferung der umgelegten Mengen nicht imstande sind, haben, unbeschadet der im § 80 Abs. 1 Nr. 13 der Reichsgetreideordnung festgesetzten Strafbestimmungen, als Schadensersatz das Doppelte des zur Zeit der Festsetzung geltenden Marktpreises, oder, falls der von ihnen erzielte Verkaufspreis höher ist, diesen an die Reichsgetreidestelle zu zahlen. Die Höhe des hiernach zu zahlenden Betrages wird vom Kreisausschuß festgesetzt. Gegen die Entscheidung ist Beschwerde bei dem Herrn Regierungspräsidenten zulässig. Die Entscheidung dieser Behörde ist endgültig. Die Beitreibung erfolgt nach den Vorschriften über die Beitreibung öffentlicher Abgaben.

Verträge über die Lieferung von Hafer aus der Ernte 1919 dürfen vor dem 16. August 1919 nicht abgeschlossen werden. Verträge, die bereits abgeschlossen sind, sind nichtig.

§ 7.

Wer den in vorstehenden §§ enthaltenen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird nach § 80 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzigtausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Hamm (Westf.), den 15. Juli 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
J. A.: v. Winterfeld. 2831

Seegespenster.

Ein Roman von der Insel Sylt von Anny Wothe.

Amerikanisches Copyright 1918 by Anny Wothe-Mahn, Leipzig.

(Nachdruck verboten.)

42. Fortsetzung.

Estrid hatte vergebens die ganze Nacht auf Peter Bonkens Heimkehr gewartet. Sein Ausbleiben beunruhigte sie mehr als sie sich eingestand.

Sie stellte das Licht ans Fenster, als wolle sie einem Schiffbrüchigen den Weg weisen. Stundenlang kniete sie am Bettchen ihres Sohnes und betete für ihn und Ingewart Ferks.

Als Estrid sich endlich niederlegte, starrte sie mit wachen Augen ins Dunkel. Beide Hände über der Brust gefaltet sann sie dem Tage nach. Und ihr war, als ginge ein Rauschen durch die Luft, als spüre sie den Flügelschlag einer anderen Seele und blendender Glanz fiel ihr ins Auge.

In dem weißen Licht erstand eine hohe, hagere Gestalt mit glatt gestrichenem Haar, im weißen Sterbekleide, einen unbeschreiblichen Glanz auf den stillen Zügen. Und eine Stimme, die sie dereinst geliebt, sprach zu ihr:

„Ich bringe dir deinen Ring, Schön-Estrid. Im tiefen Meer bei deinem Kranz da soll er ruhen. Denn ich gehe nun ein in lichte Herrlichkeiten. Du aber sollst leben und gesegnet sein."

In Glanz und Duft zerfloß die Gestalt und im Erwachen des Morgens dämmerte die Stube.

Estrid aber fühlte erschauernd die gefalteten Hände auf ihrer Brust.

„Nun ist Ingewart Ferks tot — und ich muß leben." —

Als die Nachricht von Keitum kam, daß Ingewart heimgegangen, sagte sie zu ihrem Mann, ohne ihn anzusehen:

„Ich habe es in dieser Nacht gefühlt. Er kam, um Abschied zu nehmen und mir zu vergeben."

Peter Bonken schauerte zusammen. Er gedachte der Stunde hoch oben auf dem Kampener Leuchtturm, wo es auch zu ihm wie ein Gruß aus der Geisterwelt herüber gewallt war.

Gab es Dinge zwischen Himmel und Erde, die Niemand ergründen, die sich nur mit den feinen Fühlern der Seele empfinden ließen?

Am nächsten Tage äußerte er zu seiner Frau:

„Ich will Ingewart Ferks das letzte Geleit geben, ich hoffe, du wirst mitgehen."

Estrid wollte erwidern, doch Peter schnitt ihr kurz das Wort ab.

„Ich will nicht fragen, warum du dem Sarge folgen magst, aber — hörst du — ich will, daß es geschieht."

„Auch ohne deinen Befehl, den du dir schenken konntest, werde ich Ingewart auf dem letzten Weg begleiten", entgegnete Estrid mit finster gefalteten Brauen, und heimlich dachte sie:

„Er will den Leuten die Mäuler stopfen, die alle wissen, daß es wegen Ingewart Ferks zwischen uns zum Bruch gekommen. Wir sollen uns am offenen Grabe als einträchtiges Ehepaar zeigen."

Ein bitteres Auflachen entrang sich ihrem Munde und innerlich gelobte sie:

„Nicht meinet- und seinetwegen, nur deinetwegen, Ingewart Ferks, dem ich soviel schulde, will ich mit Peter Bonken an deinem Grabe stehen — das Schwerste, das ich jetzt tun muß."

Und dann ging sie im Hause ihrer Mutter von der Tenne aus, wo der Sarg aufgebahrt war, am Arm ihres Mannes hinter dem Sarge her und die Schulkinder sangen:

„Wenn ich einmal soll scheiden,
So scheide nicht von mir,
Wenn ich den Tod soll leiden,
So tritt du dann herfür."

Estrid dachte daran, wie still und ernst Ingewart im Sarge gelegen, einen seltsamen Frieden im Gesicht, gerade, wie sie ihn in der Sterbenacht gesehen.

Sölve hatte ihm Heideblüten auf das Lager gestreut und taufrische Rosen, die wenigen, die die Insel hergab. Und die Mutter hatte, Estrid und Peter Bonken die Hand reichend, gesagt:

„So hat unser Herrgott noch alles wohlgefügt."

Estrid stand aufrecht an dem Grabe, denn Peter Bonkens kräftiger Arm stützte sie und die Augen der Neugierigen, die zuerst mit Mißtrauen und heimlicher Schadenfreude auf dem Ehepaar geruht, fanden sich arg enttäuscht.

Das war ja alles Unsinn, was die Leute geklatscht, daß Peter Bonkens Frau die heimliche Liebste von Ingewart Ferks gewesen sei und er durchaus die blonde Sölve hätte heiraten sollen, die er garnicht gemocht und gewollt.

Peter Bonken sah nicht aus, als ob er das duldete und Schön-Estrid — alle meinten, daß die junge Frau noch schöner geworden — sie stand stolz und sicher an ihres Mannes Seite mit einer solch stillen, verhaltenen Trauer in den Augen, daß jeder Lästermund verstummte.

Und der Pastor sprach mit weithintragender Stimme über das Grab hinweg, „daß sich einer endlich heimgefunden, der draußen im Sturm des Lebens redlich gekämpft, dessen ruhelose Seele nun Anker geworfen im Hafen der Ruhe, den er im Leben vergeblich gesucht. Er verglich der Menschen Erdenwallen mit der Fahrt auf hoher See und sagte, wie wenige den Gefahren und Stürmen gewachsen seien. Auch er, Ingewart Ferks, sei zu weich gewesen, doch treu in der Liebe, stark im Glauben, und klar im Handeln, bis Leid und Krankheit seinen Sinn verwirrt und seine Zeit gekommen für die große Reise in das Land, aus dem noch keiner wiedergekehrt."

Da strömten Estrids Tränen. Sie, die Unnahbare, Harte, weinte, und ihre Tränen fielen in die Gruft des Toten wie leuchtende Perlen.

Die hellen Kinderstimmen aber sangen:

„Wie sie so sanft ruhen."

Dann war auch das vorüber und Estrid weilte unter der Schar der Leidtragenden in ihrer Mutter Haus, trank mit ihnen Kaffee und aß Kuchen, wie es Brauch auf der Insel. Als Sölve zu ihr trat und leise aufschluchzend die Arme um der Schwester Hals legte, dachte Estrid daran, daß es wohl das letzte Mal sei, wo sie mit ihrem Mann zusammen heimwärts fuhr.

Bald kam die Zeit, wo sein Blick und seine Hand sie nicht mehr zwingen konnten — bald würde sie ganz frei sein!

Und als sie mit Peter heimwärts fuhr über die im Dämmerlicht ruhende Heide, war es ihr, als ginge ein Jubeln und Jauchzen aus von den kleinen Glöckchen, die jetzt ihrer rosenroten Pracht entgegen reiften.

Sie hatte das Gefühl, als müsse sie all die kleinen Heideblüten an ihr Herz nehmen, als Hoffnungspfänder für Sonnentage, die für immer versunken und nie wiederkamen.

Peter senkte die florumwundene Peitsche. Er glaubte plötzlich, den Flügelschlag einer neuen, besseren Zeit zu spüren, so Seite an Seite mit seinem Weib inmitten der sommerduftenden Heide.

*

(Fortsetzung folgt.)

Erklärung.

Nachdem die Firma Gebrüder Alsberg die Vertreter der hiesigen Arbeiter- und sonstigen Organisationen zur Untersuchung ihrer Geschäftsverhältnisse öffentlich aufgefordert hatte, haben wir den Geschäftsbetrieb und die Berechnung der Verkaufspreise auf Grund der Bücher und sonstigen Unterlagen einer eingehenden Prüfung unterzogen.

Die dreitägige Prüfung hatte folgendes Ergebnis:

Die Erklärung der Firma in ihrer Anzeige vom 9. Juli, warum jetzt noch ältere Lagerbestände vorhanden waren, hat sich als zutreffend erwiesen.

Die Bestände stammten durchweg, wie die Firma es behauptet hat, aus den Jahren 1915/16. Sie sind mit neuen teuren Waren gleichmäßig vermischt in den Verkauf gekommen. Dadurch wurde es ermöglicht, daß die Waren, insbesondere die Artikel des täglichen Bedarfs, zu einem Durchschnittspreise verkauft wurden, der größtenteils unter dem Einkaufspreis der neuen Waren lag.

Der von der Firma berechnete Verdienstzuschlag hielt sich in angemessenen Grenzen und war insbesondere bei Gegenständen des täglichen Bedarfs erheblich geringer als der vom Kriegsamt zugelassene Satz.

Das in der Stadt verbreitete Gerücht, die Firma habe Wucherpreise genommen, entbehrt somit jeder Begründung.

Hamm, den 15. Juli 1919.

Jacob Isenrath
Arbeitersekretär und Stadtverordneter

Julius Röper
Stadtverordneter und Obermeister

Hugo Lange
i. Fa. H. Hettlage als Sachverständiger

W. Potthoff
Stadtverordneter

R. Wetzschewald
Stadtverordneter

Vertreter der christlichen Gewerkschaften

Heinrich Mohr.
Bergmann

F. Seipke
Schreiner

Vertreter der freien Gewerkschaften

Die am 8. Juli 1919 durch Magistratsbeschluß ernannte Kommission zum Zweck der Preisprüfung und Feststellung des sich ergebenden Schadens, welcher infolge der Plünderung am 3. Juli 1919 bei der Firma Gebr. Alsberg entstanden ist, schließt sich der obenstehenden Erklärung voll und ganz an, nachdem sie eine mehrtägige eingehende Prüfung, getrennt von der obigen Kommission, vorgenommen hat.

Hamm, den 15. Juli 1919.

G. Enselmann

Ferd. Glöckner
Damenschneider

Arthur Schulze
beeideter Bücherrevisor u. kaufmännischer Sachverständ. für Amtsgerichtsbezirk Hamm

---

Vorstehende Erklärung, die uns von den oben genannten Vertretern der Arbeiter- u. sonstigen Organisationen und der Kommission des Magistrats übersandt worden ist, geben wir hierdurch im Anschluß an unsere Anzeige vom 9. Juli 1919 öffentlich bekannt.

Hamm, den 17. Juli 1919.

Gebrüder Alsberg.